

Avanti

2

Theoriebeilage:

Cuba libre:
Was sucht Trotzki
in Havanna?

ISO Rhein-Neckar



Fridays for Future-Demo in Aachen, 21. Juni 2019.

Foto: Avanti².

Grün ist die Hoffnung – für das Großkapital

M. G.

Grünen-Chefin Baerbock als beklatschte Schlussrednerin beim Bundesverband der Deutschen Industrie. BASF-Boss Brudermüller mit Sitz im Wirtschaftsbeirat der Grünen.

ist das, wie die *Frankfurter Allgemeine* titelte, „Die neue Liebe [des Großkapitals] zu den Grünen“? Oder ist das die neue Liebe der Grünen zum Großkapital? Oder ist das beides?

Der Wirtschaftsredaktion der FAZ ist das alles jedenfalls nicht geheuer. Sie warnt die Konzernlenker zwar vor dem Techtelmechtel, aber sie stellt nüchtern fest: „Am Ende geht es beiden Seiten um kühle Macht- und Interessenpolitik. [...] Von ihnen [den Grünen] hängt ab, ob das Land nach der Selbsterstörung der SPD überhaupt noch regierbar bleibt.“

In der Tat sind die Grünen mit ihrer unumkehrbaren Wandlung zu einer „Art grüner FDP“ (so Grünen-Ikone Petra Kelly 1990 im Fernsehen) längst zu einer willigen po-

litischen Verwalterin des Kapitalismus geworden.

Das betrifft auch die Klimafrage. Die Politik der grün-schwarzen beziehungsweise schwarz-grünen Landesregierungen in Baden-Württemberg (Stuttgart 21, „Elektromobilität“) und Hessen (Ausbau Fraport) spricht Bände.

Ein Glück, könnte mensch da meinen, dass es die Bewegung *Fridays for Future* gibt. Das stimmt, aber auch dort versuchen Grüne – etwa bei der Großdemonstration am 21. Juni in Aachen – zunehmend die Bewegung zu kanalisieren und Antikapitalismus zu unterbinden.

Umso wichtiger ist es, die geplanten Klimastreiks am 20. September 2019 zu einem außerparlamentarischen Erfolg zu machen. ■

INHALT	EDITORIAL	INHALT
TITEL		BETRIEB UND GEWERKSCHAFT
01 KLIMAWANDEL Grüner Kapitalismus	<i>Liebe Leserinnen und Leser,</i> der Juli hat begonnen, und alles wird gut ... Wenn nur die Hitze und einiges andere nicht wäre. Zum Beispiel der Pflegenotstand, das Mobbing von Betriebsräten oder die in Industriebetrieben wie VAG drohenden Entlassungen.	06 AUSBEUTUNG 4.0 Digitalisierung als Zukunft?
EDITORIAL/INHALT/KÜNDIGUNGEN		KLIMAKATASTROPHE
02 HEIDELBERG Christliche Nächstenliebe?	Wir berichten deshalb über die gelungene Protestaktion von KollegInnen aus dem Gesundheitsbereich im Rahmen der Aktion „Olympischer Brief gegen den Pflegenotstand“ und über den Kampf gegen BR-Mobbing bei Aldi-Süd. Ferner befassen wir uns mit der Forderung nach einem Verbot von Entlassungen.	07 UMWELT Profitmaximierung zerstört
BETRIEB UND GEWERKSCHAFT		RÜCKBLLENDE / TERMINE
03 PFLEGENOTSTAND Lautstarker Protest	In unserer Theoriebeilage könnt ihr Antworten auf die Frage finden, wie Trotzki nach Havanna gekommen ist.	08 VOR HUNDERT JAHREN Ungarische Räterevolution
04 ENTLASSUNGEN Warum nicht verbieten?	Es wäre schön, wenn diese und die anderen Themen der vorliegenden Ausgabe von <i>Avanti</i> ² auf Euer Interesse stoßen würden. Wir wünschen Euch entspannte Sommermonate!	12 TERMINE
05 BR-MOBING ALDI-Süd schlägt zu		THEORIEBEILAGE
		CUBA LIBRE: Trotzki in Havanna?
	<i>Eure Redaktion</i>	

Pressemitteilung der gekündigten DolmetscherInnen in Heidelberg (24.06.2019)

Diakonie und Caritas gegen ArbeiterInnen und Flüchtlinge

Diakonie und Caritas kündigen ihren DolmetscherInnen, weil sie sich für bessere Arbeitsbedingungen in der sogenannten „Unabhängigen Sozial- und Verfahrensberatung“ der Landeserstaufnahmeeinrichtung Patrick-Henry-Village (PHV) in Heidelberg zusammenschließen.

Anfang Juni schloss sich etwa die Hälfte der DolmetscherInnen zusammen, die in der „Unabhängigen Sozial- und Verfahrensberatung“ im PHV für Asylsuchende in Heidelberg arbeiteten. Sie forderten u. a. eine feste Anstellung und festen Lohn für mindestens ein Jahr statt monatlicher Honorarverträge, Kranken-, Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie regelmäßige Supervision. Reguläre Arbeitsbedingungen für DolmetscherInnen gingen den barmherzigen Kirchen dann aber doch zu weit. Kurzerhand kündigten die Diakonie und Caritas denjenigen fristlos, die die Forderungen unterschrieben hatten.

Damit verloren nicht nur eine Handvoll DolmetscherInnen ihr ohnehin schon unregelmäßiges Zusatzeinkommen von maximal 350 € monatlich. Seitdem steht auch der Großteil der Asylsuchenden der Beratungsstelle sprachlos gegenüber – und damit auch den für sie lebenswichtigen Behörden. Denn gefeuert wurden fast alle DolmetscherInnen für die häufigsten Sprachen in dem Lager: Arabisch, Persisch, Paschtu, Dari und die verschiedenen kurdischen Dialekte.

In der Beratung Asylsuchender geht es der Diakonie und Cari-

tas vor allem ums Geld. Politische Einmischung in ein enorm politisches Arbeitsfeld ist nicht erwünscht und wird sanktioniert: Einerseits mit dem Arbeitsverlust der DolmetscherInnen, die oft selbst als Asylsuchende nach Deutschland gekommen waren. Andererseits mit der Beraubung der Sprache Asylsuchender.

Auch früher schon wurde die politische Einbindung Asylsuchender aus dem PHV zu unterbinden versucht. So wurde einem der nun gefeuerten Dolmetscher untersagt, die BewohnerInnen des PHV zu Demos und anderen Aktivitäten zum Erkämpfen ihrer Rechte zu mobilisieren. Nun haben sie endlich einen Grund gefunden, ihn als erfahrensten Dolmetscher aus dem PHV zu entfernen: Weil er die DolmetscherInnen organisierte und mit ihnen reguläre Arbeitsbedingungen forderte.

Die Kirche arbeitet hier nach kapitalistischer Logik mit dem Staat zusammen, anstatt tatsächlich eine unabhängige Beratung anzubieten. Wer das Interesse der Unterdrückten vertritt, muss Ausbeutung lohnabhängiger ArbeiterInnen und Asylsuchender beenden, anstatt sie fortzusetzen und zu verschärfen, wie die Kirche es tut. ■

„Pflegetnotstand ist ein Verbrechen“ Bundesweiter Protest in Leipzig

PETRA STANIUS

Die Beschäftigten haben die Überlastung durch einen skandalösen Personalmangel in den Krankenhäusern lange ertragen. Aber im vergangenen Jahr lief das Fass über.

Es kam zu Streiks in Kliniken und zur Gründung von Bündnissen, in denen sich neben den Beschäftigten selbst auch gewerkschaftlich und politisch Aktive engagieren.

Die erste gemeinsame Aktion dieser mittlerweile mehr als zwanzig Bündnisse war der „Olympische Brief gegen den Pflegetnotstand“. Er wurde seit Januar 2019 von mehreren zehntausend KollegInnen in weit über 100 Krankenhäusern in 80 Städten und 14 Bundesländern unterschrieben.

Wütende Stimmung

Anders als 2018 gab es diesmal im Vorfeld keine mobilisierenden Streiks. Dennoch kamen am 5. Juni über 2.500 Beschäftigte und UnterstützerInnen aus ganz Deutschland nach Leipzig. Sie wollten mit der Gewerkschaft ver.di erneut Druck auf die Konferenz der GesundheitsministerInnen ausüben.

Trotz Temperaturen von über 30 Grad vertraten die KollegInnen ihre Anliegen sehr engagiert. Die Stimmung war kämpferisch, ja sogar wütend.

Die Übergabe des „Olympischen Briefs“ verlief wie geplant. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) und Sachsens Gesundheitsministerin Barbara Klepsch (CDU) mussten durch eine 500 Meter lange Gasse aus Papierbahnen mit den Protestunterschriften, die von den Demonstrierenden gebildet wurde. Die Bahnen wurden danach schnell wieder eingerollt, um sie dann dem Bundesgesundheitsminister zu übergeben. Es waren so viele auf einmal, das er sie nicht mehr halten konnte.

Spahn spielte den Souveränen. Er stellte sich den kritischen Fragen der Menge und ließ sich auch durch ihre Wut, durch Pfiffe und Buhrufe äußerlich nicht aus der Ruhe bringen. Er lobte seine Politik und forderte die Beschäftigten auf, nun auch ihren Teil zu den gewünschten Verbesserungen beizutragen. Das steigerte die Wut der Anwesenden erst recht.

Seit der Konferenz 2018 in Düsseldorf wurden tatsächlich verschiedene Maßnahmen eingeleitet, um dem Pflegetnotstand zu begegnen. So sind die Refinanzierung weiterer Stellen in der Pflege, Verbesserungen bei der Ausbildung oder eine höhere Bezahlung Schritte in die richtige Richtung.

Fallpauschalen abschaffen

Allerdings zeigt die Politik bislang keine Bereitschaft, das Grundproblem anzugehen: die Fallpauschalen. Sie erzwingen, dass mit der Behandlung von kranken Menschen Profite erwirtschaftet werden müssen.

Weitere „Reformen“, die Minister Spahn auf den Weg gebracht hat, verstärken bei den Beschäftigten die Empörung:

-In Psychiatrien, wo bislang keine Fallpauschalen gelten, soll ein vergleichbares System eingeführt werden.

-Die neuen Personaluntergrenzen orientieren sich am mangelhaften Ist-Zustand und werden nicht zu einer besseren Per-

sonalausstattung führen. Im Gegenteil ist dort ein Stellenabbau zu befürchten, wo heute überdurchschnittlich viel Personal eingesetzt wird.

Auch die Zwangsmitgliedschaft in Pflegekammern verursacht nicht nur wegen der unfreiwilligen Beitragszahlungen heftigen Protest, sondern vor allem wegen der Begründung Spahns – die Kammern seien notwendig, um die Qualität der Pflege zu sichern und die Pflegenden weiterzubilden. Sonst drohe Schaden für die Allgemeinheit. Bei den Pflegekräften kommt dies als Schuldzuweisung und als Geringschätzung ihrer Arbeit an.

Ihr Ärger rührt zudem daher, dass Spahn beständig dieselben Argumente wiederholt und die Forderungen der Protestbewegung praktisch ignoriert.

„Keine Profite mit unserer Gesundheit“

Spahn wurde deshalb in Leipzig kräftig ausgepiffen und seine Rede durch Buh-Rufe und Parolen unterbrochen wie „Pflegetnotstand ist ein Verbrechen“ oder „Keine Profite mit unserer Gesundheit“. Der „Olympische Brief gegen den Pflegetnotstand“ war eine gelungene Aktion. Über das Sammeln und Überreichen der Unterschriften wurde eine Verbindung hergestellt zwischen Beschäftigten und ihren UnterstützerInnen, zwischen Kliniken ebenso wie zwischen Pflegebündnissen – über Stadt- und Landesgrenzen hinweg. Die Beteiligten haben ihre Interessen formuliert und sie dann öffentlich eingefordert. Damit haben sie gemeinsame Handlungsfähigkeit demonstriert.

Es heißt nun dranbleiben, bis die konkreten Forderungen erfüllt sind und Gesundheit keine Ware mehr ist. Dazu bedarf es eines langen Atems und der aktiven Einbeziehung möglichst großer Bereiche der Bevölkerung und der Gewerkschaften. ■



KollegInnen des Uniklinikums Mannheim in Leipzig, 05.06.2019.

Arbeitsplatz-Abbau oder Entlassungen verbieten?

H. N.

Im laufenden Jahr wollen allein die 30 Dax-Konzerne 100.000 Arbeitsplätze vernichten. Die meisten Stellen – mehr als 30.000 – will Volkswagen streichen. Mit den angekündigten Kürzungsprogrammen sollen die Profite dieser Unternehmen künftig um jährlich 20 Milliarden Euro gesteigert werden. Diese Summe entspricht in etwa einem Viertel des gesamten Nettogewinns im letzten Geschäftsjahr.

Auch hier in der Region ist Stellenabbau nach wie vor kein Fremdwort. Der große Kahlschlag bei General Electric (GE) ist noch nicht abgeschlossen. Bei VAG und anderen Unternehmen ist aus reiner Profitgier die Vernichtung vieler Arbeitsplätze angekündigt worden.

Angesichts der negativen Auswirkungen von „Digitalisierung“ und „Elektromobilität“ auf die Arbeitswelt wird die Sozialplan-Routine von Betriebsräten und Gewerkschaften noch weniger als bisher weiterhelfen. Statt aus Angst vor der Schwächung der „Konkurrenzfähigkeit“ der deutschen Unternehmen immer zahnloser zu werden, ist für die Interessenvertretungen der abhängig Beschäftigten eine radikale Neupositionierung angesagt.

Die Forderung nach einem *Verbot von Entlassungen* stammt ursprünglich aus unserem Nachbarland Frankreich. Dort wird sie schon seit Jahren vom radikalen Flügel der ArbeiterInnenbewegung vertreten. Auch hierzulande hat diese Parole in der Gewerkschaftsbewegung einen – allerdings bisher noch bescheidenen – Widerhall gefunden.

Alstom-KollegInnen als Vorkämpfer

Es ist kein Zufall gewesen, dass ausgerechnet die Beschäftigten von Alstom in Mannheim die Losung als erste in Deutschland aufgriffen haben. Sie demonstrierten am 2. Juli 2003 mit ihren KollegInnen aus Frankreich und anderen Ländern vor der Pariser Zentrale gegen konzernweite Arbeitsplatzvernichtung.

In Mannheim organisierten sie mit ihrem Betriebsrat und dem IG-Metall-Vertrauenskörper den Widerstand auf allen Ebenen – vor allem im „eigenen“ Betrieb und vor Ort. Zudem hatten sie glaubwürdige Alternativen zu den Kahlschlagplänen der Unternehmensspitze entwickelt – ohne Verzicht auf tarifliche Standards.

Der „Mannheimer Appell“ des Alstom-Betriebsrats und der IGM-Vertrauenskörperleitung vom Juli 2005 hat nach wie vor seine Berechtigung. Dort heißt es: „Wir rufen [...] alle von Entlassungen oder Werksschließungen bedrohten Belegschaften und unsere Gewerkschaften auf: Koordiniert den Widerstand über alle Grenzen hinweg! Fordern wir gemeinsam die Einhaltung des Grundgesetzes ein: ‚Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Eine Enteignung ist [...] zum Wohle der Allgemeinheit zulässig.‘ (Artikel 14 GG.) Kämpfen wir deshalb auch für ein Verbot von Entlassungen! Unterstützen wir aktiv den Widerstand gegen Arbeitsplatzabbau – ob bei Alstom oder anderswo!“

Rechtsfragen sind Machtfragen

Aus ihren Erfahrungen in einem der längsten und phantasievollsten Kämpfe gegen Arbeitsplatzabbau in Deutschland leite-

ten die AlstomerInnen einerseits die Notwendigkeit ab, durch massiven Druck ein Verbot von Entlassungen durchzusetzen. Andererseits verknüpften sie diese Forderung mit der Frage der Enteignung. All dies wird nicht von oben geschenkt werden. Um es in Anlehnung an Ferdinand Lassalle zu sagen: Rechtsfragen sind Machtfragen. Sie werden allein durch Kämpfe entschieden.

Viele Kapitalisten beziehungsweise „Investoren“ haben begonnen, eine brutale Strategie umzusetzen. Nicht nur aus „wirtschaftlichen“, sondern vor allem auch aus politischen Gründen.

Sie bekämpfen aktive Betriebsräte und die gewerkschaftliche Organisation. Rechte für Beschäftigte, Betriebsräte und Gewerkschaften sehen sie als Behinderung ihrer Profitmaximierung an. Sie wollen möglichst Ausbeutung pur.

Gegen diesen Klassenkampf von oben hilft kein Kuschelnkurs. Der bequeme Traum von der „Sozialpartnerschaft“ wird sonst in einem Alptraum enden.

Erforderlich ist deshalb die Herausbildung von harten Kernen in den Betriebsräten und die aktive gewerkschaftliche Organisation der Belegschaften. Sie sind wesentliche Voraussetzungen für betrieblichen Widerstand. Erforderlich ist zudem ein allgemeiner gewerkschaftlicher Kampf für unsere Rechte und gegen Arbeitsplatzvernichtung.

Nicht die Menschen müssen der Wirtschaft, sondern die Wirtschaft muss den Menschen dienen! ■



DGB-Demo am 1. Mai 2019 in Mannheim.

Foto: helmut-roos@web.de.

Aldi Süd: Betriebsrat als Profitbremse?

H. B./P. S.

Betriebsrat (BR) als Interessenvertretung der Beschäftigten? Dies geht Aldi Süd offenbar zu weit. Wenn schon Betriebsrat, dann kümmert sich das Unternehmen lieber selbst darum.

Aldi Süd ist laut eigenen Angaben gegliedert in dreißig Regionalgesellschaften, die jeweils von einem alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführer geleitet werden. Einer Regionalgesellschaft sind fünfzig bis siebzig Filialen zugeordnet. Die Regionalgesellschaften sind wiederum aufgeteilt in Verkaufsbezirke (Regionen) mit jeweils vier bis fünf Filialen und insgesamt ca. fünfzig Beschäftigten.

Aldi Süd ist bekannt als „betriebsratsfreie Zone“. Ohne BR kann die Geschäftsleitung Entscheidungen über Arbeitsverdichtung, unbezahlte Überstunden oder das Heuern und Feuern von Personal ungestört umsetzen.

Im März 2018 aber gründete sich auf dem Gebiet der Regionalgesellschaft Langenfeld der erste Betriebsrat bei Aldi Süd in NRW überhaupt. In der zu Düsseldorf gehörenden Region „Stupplich“ – benannt nach dem zuständigen Regionalverkaufsleiter – hatten KollegInnen aus dem Verkauf die Initiative ergriffen und die Wahl erfolgreich durchgeführt.

Aldi ging damals nicht gegen die BR-Wahl vor. Das Gremium erhielt vielmehr das ihm zustehende Betriebsratsbüro, der Regionalverkaufsleiter nahm mehrfach an den Sitzungen teil. Die Wahl wurde rechtskräftig.

Die anschließende Phase der Zusammenarbeit dauerte etwa ein halbes Jahr, in welcher das Unternehmen mit dem BR zusammenarbeitete – mehr schlecht als recht. Als aber im September 2018 Beschäftigte aus der ebenfalls zu Düsseldorf gehörenden Region „Weiss“ sich anschickten, einen weiteren Betriebsrat zu gründen, sah die Geschäftsführung offenbar Handlungsbedarf.

Klima der Angst

Aufgrund angeblich neuer Erkenntnisse bestreitet Aldi jetzt die Rechtmäßigkeit beider Gremien und verweigert ihnen die Mittel, die Betriebsräten nach dem Gesetz zustehen: Sie erhalten keine Betriebsratsbüros. Die Zeit für die anfallende Betriebsratstätigkeit wird vom Lohn abgezogen. Der Besuch von Seminaren ist kaum möglich. Die Abwesenheit vom Arbeitsplatz wertet die Geschäftsführung als unentschuldigtes Fernbleiben, was Konsequenzen bis hin zur fristlosen Kündigung haben kann. Dass unter solchen Bedingungen die Betriebsräte erst einmal dafür sorgen müssen, dass sie formal arbeitsfähig werden, hindert sie daran, ihren weiter gehenden Aufgaben nach dem Betriebsverfassungsgesetz nachzukommen.

Das Unternehmen vertritt die Auffassung, dass die Verkaufsbezirke aufgrund fehlender Kompetenzen der Regionalverkaufsleitungen keine betriebsratsfähigen Betriebe seien und äußert seinen Wunsch nach „rechtmäßigen Mitarbeiterstrukturen“. Ein anderes Motiv für den Sinneswandel erscheint näherliegend: Gibt es in einem Unternehmen mindestens zwei lokale Betriebsräte, so ist die Bildung eines Gesamtbetriebsrats bestehend aus Mitgliedern eben dieser BR gesetzlich vorgeschrieben. Der Gesamtbetriebsrat wäre hier zuständig für die gesamte Regionalgesellschaft Aldi Süd Langenfeld – für den Lebensmittel-Discounter offenbar ein Alptraum.

So forcierte die Geschäftsleitung die Gründung eines Betriebsrats für den gesamten Verkaufsbereich der Regionalgesellschaft Langenfeld mit ihren etwa 1.400 Beschäftigten. Filialleitungen wurden aufgefordert, sich für die Wahl zur Verfügung zu stellen. Die Gewerkschaft dagegen sollte draußen bleiben. Der Vertreterin von ver.di, die echte Interessenvertretungen der Beschäftigten unterstützt, wurde bei der Versammlung zur Wahl des Wahlvorstandes das Wort verweigert und ihr mit Rauswurf gedroht.

Das von Unternehmensseite geförderte Gremium wurde im März 2019 gewählt. Die Beschäftigten der Verkaufsbereiche „Stupplich“ und „Weiss“ waren an dieser Wahl nicht beteiligt. Das Landesarbeitsgericht Düsseldorf hatte die Durchführung der Wahl im Rahmen eines einstweilige Verfügungsverfahrens in diesen Regionen verboten, da dort bereits wirksame Betriebsratswahlen stattgefunden hätten.

Legal, illegal, ...?

Was sind nun aber betriebsratsfähige Betriebe bei Aldi Süd – hier konkret bei der Regionalgesellschaft ALDI GmbH & Co. KG Langenfeld? Dies sollte die 8. Kammer des zuständigen Arbeitsgerichts Düsseldorf am 8. Mai 2019 klären.

Bei diesem Termin ging es im Wesentlichen um die Frage, welche Entscheidungskompetenz die RegionalverkaufsleiterInnen und die FilialeiterInnen haben bei Einstellungen und Entlassungen, der Personalbedarfsplanung, Lohnfortzahlung, Dienstplangestaltung, Festlegung der Kennzahlen, Urlaubsplanung ... Sind sie im Wesentlichen an Vorgaben und Weisungen der übergeord-

neten Ebene, der VerkaufsleiterInnen, gebunden, so sind ihre Bereiche nicht betriebsratsfähig.

Die Arbeitsrichterin hielt am Ende zwei Fragen für relevant. Die eine bezog sich auf Entscheidungsbefugnisse bei der Jahresplanung, die andere darauf, wer über Veränderungen bei der Personalplanung im laufenden Jahr bestimmt.

Das Gericht unterbreitete den Beteiligten den Vorschlag, dass zur Vereinfachung des Verfahrens alle drei BR zurücktreten und ein BR Langenfeld Verkauf neu gewählt werden sollte.

Kein Ende in Sicht

Während der unternehmensnahe „BR“ sofort einverstanden war, haben die beiden kleinen Gremien den Vorschlag inzwischen abgelehnt. Sie wollen ein Urteil, um damit vor das Landesarbeitsgericht ziehen zu können.

Vor der 3. Kammer des Arbeitsgerichts Düsseldorf läuft außerdem parallel zu diesem Verfahren die Anfechtung der Wahl des großen „BR“ durch mehrere Beschäftigte, die offenbar auch Zweifel an der Ehrlichkeit des großen Gremiums haben.

Der Kampf um echte Interessenvertretungen der KollegInnen bei Aldi Süd geht also weiter. ■

Betriebsräte im Visier

Bossing, Mobbing & Co.

Gegenmacht stärken!

Konferenz

mit betroffenen KollegInnen aus verschiedenen Branchen,
Julia Friedrich (DGB Baden-Württemberg)
Isaf Gün und Heike Madan (IG Metall Vorstand)
Klaus Stein (IG Metall Mannheim)
und vielen anderen

Samstag, 19. Oktober 2019

13:00 – 19:00 Uhr

Gewerkschaftshaus Mannheim
Hans-Böckler-Str. 1, 68161 Mannheim

www.gegen-br-mobbing.de

Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ Mannheim
mit freundlicher Unterstützung der IG Metall Mannheim
sowie AKUWILL Oberhausen, DGB Baden-Württemberg,
IG BCE Weinheim, Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar,
ver.di Rhein-Neckar, work-watch Köln (Stand 13.04.2019)

Ausbeutung 4.0 (Teil III)*

Gegen massenhafte Arbeitsplatzvernichtung – radikale Arbeitsplatzverkürzung!

S. T.

Seit Beginn des „Informationszeitalters“ und der damit einhergehenden „Computerisierung“ schreitet die Digitalisierung immer weiter voran. Während im 20. Jahrhundert die Informationstechnologie (IT) vor allem der Automatisierung und Optimierung diente, stehen seit Anfang des 21. Jahrhunderts neue Technologien, Autonomisierung, Flexibilisierung und Individualisierung im Vordergrund.

Die Digitalisierung hat zu verschiedenen Umwälzungen geführt, angefangen von der Umdeutung des Begriffs der Güter, der Vereinfachung von Kopier- und Distributionsmöglichkeiten über die Veränderung der Arbeitswelt bis hin zur Verschmelzung von Virtualität und Realität.

Schöne neue Arbeitswelt ...

Es werden ganze Unternehmen und Branchen umgeformt. Spezialisierte Plattformen verdrängen traditionelle Firmen, obwohl sie keine eigenen Gerätschaften, Fahrzeuge oder Immobilien besitzen. Die Betreiber „sozialer Netzwerke“ erstellen keine bzw. kaum eigene Inhalte. „Nutzergenerierte Inhalte“ werden zur Analyse gebraucht, auf der wiederum die Personalisierung (auch von Werbung) beruht. Mit der „Industrie 4.0“ und ihrer „Smart Factory“ setzen sich neue Robotertypen und Prozessketten durch. Zudem werden Entwicklungen wie das „Internet der Dinge“ und der 3D-Druck gefördert. Künstliche Intelligenz (KI), „Big Data“ und „Cloud Computing“ erlauben bisher nicht gekannte Aktivitäten und Analysen. Neue Ein- und Ausgabegeräte und neue Verfahren wie die Datenbrille und die Gestensteuerung transformieren Büroraum und Werkbank sowie den Bereich der Unterhaltung.

... oder Einschränkung demokratischer Rechte

Nach wie vor ungelöst sind die bei der Digitalisierung entstehenden Probleme. Zum Beispiel Zugewinn und Verlust der persönlichen und informationellen Autonomie, die Abhängigkeit der Kunden von IT und IT-Unternehmen, die Verantwortung der Unternehmen bei der Datennutzung,

bei Fertigungsprozessen gegenüber den BenutzerInnen und Beschäftigten sowie die Verantwortung der KonsumentInnen digitaler Güter und Dienstleistungen.

Wer bestimmt die Regeln, nach denen auf KI basierende Systeme die zukünftige Lebens- und Arbeitswelt bestimmen? Wer schützt die heute noch Beschäftigten, wenn sie ihre Arbeit verlieren, weil Hard- und Softwareroboter diese günstiger und schneller verrichten?



Profitmaximierung ist das Ziel

Vernetzte Maschinen, die miteinander kommunizieren, Roboter, die Reparaturen durchführen, die automatisierte Wartung von Anlagen – die Umsetzung der Digitalisierung ist in vollem Gange. Sie verändert die Abläufe und Prozesse mit dem Ziel der Profitmaximierung. So sind zum Beispiel in der chemischen Industrie erste Erfolge aus Sicht der Unternehmen erkennbar: 47 % der Firmen haben mithilfe digitaler Technologien schnellere Durchlaufzeiten erreicht. Für 45 % hat sich der Markt- und Kundenzugang verbessert. 44 % der Unternehmen konnten bereits Kos-

ten senken – durchschnittlich um zwölf Prozent. Künftig erwarten die Unternehmen weitere „Kosteneinsparungen“ von durchschnittlich 17 %. In der Zukunft sehen sie allein bei der Automatisierung ein Potenzial von 34 %.

Drohende massenhafte Arbeitsplatzvernichtung

Diese Zahlen bedeuten für die zukünftige Beschäftigung nichts Gutes. Es droht eine massenhafte Arbeitsplatzvernichtung mit den entsprechenden Folgen für die Betroffenen und die Gesellschaft. Dies wird die bisher schon vorhandene Klassenspaltung noch weiter vertiefen. Insbesondere die Rechten wollen von dieser Entwicklung profitieren. Die Konzepte der Gewerkschaftsapparate beschränken sich bisher auf die Hoffnung, eine „sozialen Gestaltung“ der Digitalisierung im Rahmen der Mitbestimmung durchsetzen zu können. Im Wesentlichen geht es dabei um die Weiterqualifizierung der Beschäftigten. Die Digitalisierung wird zudem als Voraussetzung für die zukünftige „Wettbewerbsfähigkeit“ der deutschen Unternehmen betrachtet. Vor dem Hintergrund der absehbaren Tragweite der Auswirkungen und Folgen der Digitalisierung, ist dies fatal, weil es den Widerstand dagegen unterminiert.

Mehr denn je, ist es für die Gewerkschaften und die Belegschaften notwendig, sich gemeinsam gegen die drohende Arbeitsplatzvernichtung zu wehren und sich für eine gerechte Verteilung der Arbeit auf Alle einzusetzen.

Für radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Entgeltausgleich bis alle Arbeit haben!

Für das Verbot von Entlassungen!

*[Teil II ist in *Avanti*² Nr. 58 erschienen.] ■

„Umweltzerstörung und Gesellschaftsform“ Kapitalismus als Rettung vor der Klimakatastrophe?

U. D.

Am 29. Mai 2019 trafen sich Interessierte beim Diskussionsabend der ISO-Rhein-Neckar zum Thema „Umweltzerstörung und Gesellschaftsform“. Referent war Bernd Brosius.

Bernd ist Autor von Büchern, Broschüren und Artikeln über Historischen Materialismus, egalitäre (sozial gleiche) Urgesellschaften und bedürfnisorientierte Ökonomie. Er setzt sich seit vielen Jahren mit dem Thema unserer Veranstaltung auseinander. Besonders intensiv befasst er sich mit den archäologischen Ausgrabungen und Forschungen zu „Catal Hüyük“ (hierzu sehr lohnend: www.urkommunismus.de).

Klassengesellschaften zerstören

In seinem Referat nannte Bernd zahlreiche Gesellschaften, die ihre zum Überleben notwendigen natürlichen Ressourcen zerstörten. Eine wesentliche Ursache dafür sei gewesen, dass diese durch soziale Ungleichheit und Klassenherrschaft geprägt worden sein.

So hätten die Herrschenden ohne Rücksicht auf menschliche Verluste oder Naturzerstörung versucht, immer mehr Reichtum anzuhäufen und immer größere Gebiete unter ihren Einfluss zu bringen. Oder sie wollten sich „einfach“ gegenseitig im Prunk überbieten.

Ein bekanntes Beispiel war unserem Referenten zufolge die völlige Abholzung des ursprünglichen Baumbestandes der Osterinseln. Sie resultierte aus der Konkurrenz der lokalen Herrscher, die immer größere und zahlreichere Monumente als Zeichen ihrer Größe und Macht errichten ließen, um die anderen zu „überbieten“. Zum Transport der schweren Steinfiguren seien Baumstämme notwendig gewesen. Obwohl klar gewesen sein musste, dass dies zur Zerstörung der Vegetation führte, wurde dieser Irrsinn nicht beendet.

Soziale Gleichheit reicht nicht aus

Allerdings gab es auch Versuche, eine klassenlose Gesellschaft zu errichten, die gescheitert sind, weil keine Rücksicht auf die Natur genommen wurde. In diesem Fall wollten die Menschen den Prunk und

Protz der vor der Revolution Herrschenden allen zugutekommen lassen. Dies hätte letztendlich ebenfalls zu einer Überausbeutung der natürlichen Ressourcen und zum Untergang dieser Gesellschaften geführt.

Zum Schluss benannte Bernd zwei wesentliche Faktoren für eine Gesellschaft, die ökologisch und von Dauer sein will. Erstens soziale Gleichheit, d. h. Überwindung und Beseitigung von Klassenherrschaft, und zweitens die bewusste Entscheidung für eine bedürfnisorientierte Wirtschaft, die natürliche und menschliche Ressourcen schont.

Auch Kapitalismus vernichtet

Dieser „Streifzug“ durch die Geschichte bot allen Anwesenden reichlich Anregungen für die anschließende Diskussion und die weitere Beschäftigung mit diesem Thema. Interessant war einmal mehr, dass die Kenntnis der Geschichte helfen kann,

die Gegenwart zu verstehen.

Auch der Kapitalismus beruht auf einer Gesellschaft mit massiver sozialer Ungleichheit und einem Wirtschaftssystem, das Mensch und Natur gnadenlos ausbeutet und zerstört. Einer Ökonomie, die auf der Ausweitung der Produktion beruht und nicht auf der Schonung von Ressourcen. Nicht die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse stehen im Zentrum, sondern die Maximierung des Profits Weniger auf Kosten vieler.

Wer also die Umweltzerstörung beenden will, der darf vom Kapitalismus nicht schweigen. Ohne Überwindung des Kapitalismus, ohne den Aufbau einer sozial gleichen und demokratischen Gesellschaft mit einer bewussten ökologischen Orientierung ist eine grundlegende Umkehr der derzeitigen bedrohlichen Entwicklung kaum möglich. Dies wird nur gelingen, wenn wir dafür gemeinsam kämpfen und uns organisieren. ■



Fridays for Future-Demo in Mannheim, 12. April 2019.

Foto: F. Hofmann.

100 Jahre ungarische Räterepublik

E. B.

Vom 21. März bis zum 1. August 1919 bestand in Ungarn eine Räterepublik. Ihr war im Herbst 1918 eine bürgerliche Revolution vorausgegangen. Am 16. November wurde dann die *Ungarische Volksrepublik* ausgerufen. In den Betrieben entstandene Arbeiterräte forderten die Enteignung des Groß- und Finanzkapitals sowie die Aufteilung des Großgrundbesitzes.

Bereits Anfang Januar 1919 standen große Werke in Budapest unter Kontrolle der Räte. Bauernräte organisierten die Enteignung des Großgrundbesitzes und bildeten Genossenschaften.

Die Sozialdemokraten entwickelten sich nach links. Am 21. März vereinigten sich 600.000 SozialdemokratInnen mit 200.000 KommunistInnen zur *Ungarländischen Sozialistischen Partei*. Gleichzeitig wurde die Räterepublik proklamiert.

In der Folge wurden Betriebe ab 20 ArbeiterInnen ebenso verstaatlicht wie Banken und der Boden. Kirche und Staat wurden getrennt, Akkordsystem und Kinderarbeit abgeschafft. Es galt nun der Achtstundentag. Für gleiche Arbeit erhielten Frauen und Männer den gleichen Lohn. Entgeltunterschiede wurden stark reduziert. Die medizinische Versorgung war kostenlos. Im Sommer 1919 konnte die Getreideproduktion um ein Drittel gegenüber 1914 gesteigert werden.

Rund 590 Personen verloren vor allem durch sogenannte Revolutionstribunale ihr Leben.

Das Ende der Räterepublik war mit dem Einmarsch rumänischer Truppen in Budapest Anfang August 1919 besiegelt. An ihre Stelle trat das Königreich Ungarn. Mindestens 5.000 Menschen fielen dem konterrevolutionären Terror zum Opfer. ■



Plakat der ungarischen Räterevolution 1919, (Rote Soldaten voraus).

Abbildung: Privatarchiv.

ISO/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- SO, 07.07.2019, 14:00 - 20:00 Uhr, Fest der Solidarität, Neumarkt, Neckarstadt-West, MA
- DO, 11.07.2019, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- SA, 20.07.2019, 13:30 Uhr, „Kapitalismus – ohne Alternative?“; ISO-Seminar, MA
- SO, 21.07. - 27.07.2019, Internationales sozialistisches Jugendcamp, Segovia (Spanien)
- DI, 23.07.2019, 19:00 Uhr, „Freiheit, die wir meinen“, Politische Kultur gegen Berufsverbote, Stadtbücherei HD
- DO, 25.07.2019, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- FR, 26.07.2019, 19:00 Uhr, Monatlicher ISO-Infoabend zu aktuellem Thema, MA

Vorschau

- SA, 03.08.2019, 15:00 Uhr, ISO-Sommerfest am Altrhein

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de

